

Schriften zur Verfassungsgeschichte

Band 87

Eine Rheinische Republik?

**Die ersten Rheinstaatsbestrebungen 1918/19 in Zeiten
des völker- und verfassungsrechtlichen Umbruchs**

Von

Philipp Bender



Duncker & Humblot · Berlin

PHILIPP BENDER

Eine Rheinische Republik?

Schriften zur Verfassungsgeschichte

Band 87

Eine Rheinische Republik?

Die ersten Rheinstaatsbestrebungen 1918/19 in Zeiten
des völker- und verfassungsrechtlichen Umbruchs

Von

Philipp Bender



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds der VG WORT.

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
hat diese Arbeit im Jahre 2018 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2019 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0582-0553
ISBN 978-3-428-15746-4 (Print)
ISBN 978-3-428-55746-2 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85746-3 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Vorwort

Die Monographie untersucht die Geschichte sowie die vorherrschenden Motive der ersten Rheinstaatsbestrebungen vor 100 Jahren, nämlich zwischen November 1918 und August 1919. Als rechtshistorische Arbeit geht sie dabei der Frage nach, ob und inwieweit die erste Initiative zur Schaffung einer „Rheinischen Republik“ einen Einfluss auf die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung sowie auch auf die Entwicklung des internationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker hatte.

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat diese Abhandlung im Herbst 2018 als Dissertation angenommen.

Mein besonderer Dank gebührt an erster Stelle meinem akademischen Lehrer und Doktorvater Professor Dr. Christian Hillgruber, mit dem ich seit nunmehr zehn Jahren zunächst als studentische Hilfskraft und nach meiner ersten Juristischen Staatsprüfung im April 2014 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zusammenarbeiten darf. Er ist für mich ein stets aufgeschlossener und interessierter Gesprächspartner und war mir als versierter Verfassungshistoriker und Völkerrechtler beim Verfassen dieser Monographie ein inspirierender Hinweisgeber.

Meinen aufrichtigen Dank richte ich auch an Professor Dr. Dres. h.c. Josef Isensee, der das Zweitgutachten sowohl inhaltlich tiefgehend als auch zügig und ergänzt um wertvolle Anmerkungen zur Veröffentlichung der Arbeit erstellt hat.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern, Kirsten und Frank Bender, die ich immer liebevoll und geduldig an meiner Seite weiß. Sie haben mich gefördert, mir vieles möglich gemacht und die Entfaltung meiner Persönlichkeit geprägt. In tiefer Dankbarkeit und Liebe bin ich ihnen verbunden.

Bonn, im Januar 2019

Philipp Bender

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
I. Hinführung und Gang der Untersuchung	13
II. Forschungsstand	19
B. Die Geschichte der ersten Rheinstaatsbestrebungen	25
I. Von den „Rheinlanden“ zur preußischen Rheinprovinz	25
II. Das Rheinland zwischen Revolution und Republik: Die politische Ausgangs- lage im November 1918 und die Entwicklung bis August 1919	28
III. Die Ursprünge der ersten Rheinstaatsbestrebungen und das Treffen mit Konrad Adenauer vom 9. November 1918	42
IV. Die Kölner Zentrumsversammlung vom 4. Dezember 1918	52
V. Die Elberfelder Besprechung vom 13. Dezember 1918	64
VI. Die Denkschrift von Hugo Preuß und der Entwurf der künftigen Reichsver- fassung vom 20. Januar 1919	73
VII. Die Großkundgebung des „Freiheitsbundes der deutschen Rheinlande“ vom 29. Januar 1919	81
VIII. Die Bildung des „Westdeutschen Politischen Ausschusses“ vom 1. Februar 1919	86
IX. Der Brief Hans Adam Dortens an Adenauer vom 5. Februar 1919	101
X. Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919	114
XI. Die Sechs-Punkte-Erklärung der Aktionisten vom 6. März 1919	116
XII. Die Bildung des „Ausschusses für eine Volksabstimmung zur Errichtung der Westdeutschen Republik“ vom 10. März 1919	122
XIII. Die Stellungnahme der Reichsregierung vor der Nationalversammlung vom 13. März 1919	130

XIV. Die Diskussion im Reichsverfassungsausschuss der Nationalversammlung vom 19. und 20. März 1919	136
XV. Das preußische Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt vom 20. März 1919	143
XVI. Die Entschließung der Preußischen Landesversammlung vom 24. März 1919	145
XVII. Das Treffen von Rheinstaatbefürwortern mit dem französischen General Mangin vom 17. Mai 1919	152
XVIII. Das Ultimatum der Reichsregierung vom 28. Mai 1919	172
XIX. Die Sitzung des Westdeutschen Politischen Ausschusses vom 30. Mai 1919	177
XX. Das Ausscheiden Kasterts und Kuckhoffs aus der Zentrumsfraktion in der Landesversammlung vom 30. Mai 1919	185
XXI. Das Treffen der Reichsregierung mit rheinischen Abgeordneten vom 31. Mai 1919	190
XXII. Die Proklamation der Rheinischen Republik in Wiesbaden vom 1. Juni 1919	194
XXIII. Vom Wiesbadener Putschversuch zur Verabschiedung der Reichsverfassung	205
XXIV. Zusammenfassung und Ergebnisse	217
C. Vorherrschende Motive der ersten Rheinstaatsbestrebungen	224
I. Die Bedrohung einer Annexion linksrheinischer Gebiete durch Frankreich ..	224
II. Antipreußische Ressentiments und rheinischer Lokalpatriotismus	232
III. Die kirchenfeindliche Politik des preußischen Kultusministers Adolph Hoffmann	239
IV. Parteipolitische Interessen des Zentrums	247
V. Antisozialismus und Antibolschewismus	256
D. Völker- und staatsrechtliche Formen rheinländischer Eigenständigkeit	259
I. Separatismus: Das Rheinland als Pufferstaat außerhalb des Reichsverbands	259

II. Autonomie: Das Rheinland als autonomer Verband?	270
1. Die Entwicklung des Autonomiebegriffs in der deutschen Staatstheorie seit dem 19. Jahrhundert	272
2. Der „autonome Verband“ als Ziel der ersten Rheinstaatsbestrebungen?	277
III. Föderalismus: Das Rheinland als Gliedstaat innerhalb des Reichsverbands	286
IV. Provinzialismus: Das Rheinland als sich selbstverwaltende preußische Provinz	292
E. Die ersten Rheinstaatsbestrebungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker	295
I. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Rheinstaatsfrage	297
II. Ursprünge und ideelle Grundlagen des Selbstbestimmungsrechts der Völker	308
III. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Ersten Weltkrieg	330
1. Das Selbstbestimmungsrecht nach Lenin und die sozialistische Konzeption	333
2. Das Selbstbestimmungsrecht im Wilson-Programm und die westliche Konzeption	342
3. Das Selbstbestimmungsrecht in den Pariser Friedensverhandlungen und Friedensverträgen	352
4. Das Selbstbestimmungsrecht im Åland-Disput	365
IV. Das Selbstbestimmungsrecht des rheinischen Volkes – ein Sonderweg?	370
1. Die Rheinländer als taugliches Subjekt des Selbstbestimmungsrechts der Völker?	376
2. Inhalt und Umfang des Selbstbestimmungsrechts in der Rheinstaatsfrage	380
3. Die Versagung eines Selbstbestimmungsrechts des rheinischen Volkes	387
4. Zusammenfassung und Ausblick	390
F. Die ersten Rheinstaatsbestrebungen und die Weimarer Reichsverfassung	396
I. Die wissenschaftlichen und publizistischen Entwürfe einer Reichsverfassung zum Jahreswechsel 1918/19	396
II. Der von Hugo Preuß vorgelegte Entwurf der Reichsverfassung	411
1. Die „Zerschlagung“ Preußens und die Pläne zur Neugliederung des Reichsgebiets	413
2. Die verfassungsrechtliche Möglichkeit zur Neugliederung	421
3. Die Rheinlandfrage	427
III. Die erste Lesung im Plenum der Nationalversammlung	428
IV. Die Beratungen im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung	440

V. Die zweite und dritte Lesung im Plenum der Nationalversammlung	448
VI. Die Bedeutung des Artikels 18 WRV für die Reichsneugliederungspläne	463
VII. Die Bedeutung der Rheinstaatsfrage	472
VIII. Der Gesetzentwurf über die Selbständigkeitsrechte der preußischen Provinzen	480
IX. Zusammenfassung und Ergebnisse	484
G. Ergebnisse und Fazit	488
Quellen- und Literaturverzeichnis	505
I. Ungedruckte Quellen und Archivalien	505
II. Gedruckte Quellen und Literatur	505
Sach- und Personenverzeichnis	520

A. Einleitung

Kein Volk darf gezwungen werden, unter einer Herrschaft zu leben, unter der es nicht leben will.

Thomas Masaryk, Oktober 1918

I. Hinführung und Gang der Untersuchung

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die Region des sogenannten „Rheinlandes“ in der Zeit nach dem für das Deutsche Reich vor 100 Jahren verlorenen Ersten Weltkrieg, den der US-amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan später als „the great seminal catastrophe of this century“, also als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ beschreiben sollte.¹

Die Monate von November 1918 bis zum August 1919, bestimmt von den einschneidenden Erlebnissen der militärischen Niederlage, der sozialistisch inspirierten Novemberrevolution, des Friedensschlusses in Versailles und der Verabschiedung der Reichsverfassung, waren eine Zeit voller innen- wie außenpolitischer Ungewissheiten. Sowohl die zukünftige gesellschaftliche und verfassungspolitische Ordnung, als auch der äußere Rahmen, in dem sich das staatliche Leben des deutschen Volkes zukünftig abspielen würde, waren plötzlich unbestimmt. Die Zeichen der Zeit standen auf Tabula rasa, und sämtliche Fragen von Politik und Verfassung schienen gänzlich offen.

Eine dieser Fragen, die ab dem Winter 1918/19 lebhaft diskutiert wurde, war die Frage nach einer territorialen Neugliederung des Reichsgebiets sowie – damit eng verbunden – die Zukunft des preußischen Staates im geeinten, republikanischen Deutschland. In diesen staats- und verfassungspolitischen Debatten nach dem Untergang des Kaiserreichs suchten und fanden die Bevölkerung der preußischen Rheinprovinz – im Folgenden „Rheinländer“ genannt – und die sie vertretenden Politiker die Gelegenheit, mehr Unabhängigkeit für die deutschen Rheinlande zu fordern.

Kommt man auf die Selbstständigkeitsbestrebungen am Rhein, wenn nicht sogleich und ohne Umwege auf die rheinischen „Separatisten“ nach dem Ersten Weltkrieg zu sprechen, liegt das hauptsächliche Augenmerk stets auf den aktionistischen und mitunter blutigen „Separatistenunruhen“ des Jahres 1923. Hans-Peter Schwarz er-

¹ Kennan, The Decline of Bismarck's European Order, 1979, S. 3. Hervorhebung im Original.

läutert, dass im Sommer und Herbst 1923 aufgrund der durch Ruhrbesetzung, Inflation, und des Zusammenbruchs des passiven Widerstands gegen die Franzosen ausgelösten Krise Deutschlands das Rheinland „gewissermaßen auf dem Präsentierteller“ gelegen habe.² Hierzu bemerkt Rudolf Morsey, in der Staats- und Wirtschaftskrise der Republik habe „die Einheit des Reiches auf des Messers Schneide“ gestanden.³

Diese politische und wirtschaftliche Krise hatte dazu geführt, dass sich zwischen dem 21. Oktober und Ende November 1923 eine „Rheinische Republik“ im Westen des Deutschen Reiches glaubte gründen zu können, deren Hauptstadt Koblenz sein sollte. Der französische Hochkommissar und Präsident der Rheinlandkommission, Paul Tirard, erkannte die Herrschaft der Separatisten am 26. Oktober 1923 tatsächlich als legitime Regierung an und interpretierte sie als Resultat einer politischen Revolution der rheinischen Bevölkerung.⁴ Nach nur wenigen Tagen zerbrach jedoch die Separatistenbewegung, die in dem Gebiet um Koblenz und das Siebengebirge zu einer veritablen umstürzlerischen „Gewaltherrschaft“ geführt hatte, am bewaffneten Widerstand der rheinischen Bevölkerung und internen Streitigkeiten.

Vielfach übersehen oder nur beiläufig gewürdigt werden hierbei die Anfänge des modernen rheinischen Unabhängigkeitsstrebens in der Gründungsphase der Weimarer Republik vor 100 Jahren, das sein Ziel, jedenfalls ursprünglich, nicht durch einen Putsch zu erreichen suchte, sondern auf legal-konstitutionellem Wege eine staatsrechtliche Eigenständigkeit des Rheinlandes innerhalb des Reichsverbandes anstrebte.

Als sogenannte „erste Rheinstaatsbewegung“ bzw. „erste Rheinstaatsbestrebungen“⁵ können die Selbständigkeitsbestrebungen im preußischen wie bayerischen⁶

² Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, 1986, S. 229.

³ Morsey, Adenauer und Berlin 1901–1949. Ein spannungsreiches Verhältnis, in: Dietrich Murswiek, Ulrich Storost, Heinrich Amadeus Wolff (Hrsg.), Staat-Souveränität-Verfassung. Festschrift für Helmut Quaritsch zum 70. Geburtstag, 2000, S. 540.

⁴ Bundesarchiv, Unterredungen mit dem Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission Tirard am 29. Oktober 1923, abrufbar unter: http://www.bundesarchiv.de/aktenreichs_kanzlei/1919-1933/0000/str/str2p/kap1_1/para2_85.html?highlight=true&search=Revolution, zuletzt überprüft am 22.03.2018.

⁵ Den Begriff „Rheinstaatsbestrebungen“ präferiert Schlemmer, Los von Berlin, 2007, S. 14 f., weil es keine homogene und geschlossene „Bewegung“ gegeben habe. Zwingend erscheint diese begriffliche Festlegung jedoch nicht, sodass in dieser Abhandlung im Wesentlichen gleichsinnig von Bewegung(en), Bestrebungen, Initiativen, Rheinstaatsbefürwortern und Rheinstaatsanhängern gesprochen wird.

⁶ Auch in der bayerischen Pfalz gab es überwiegend föderalistische Loslösungsbestrebungen, die indes nicht den Gegenstand der vorliegenden Arbeit bilden. Diese beschränkt sich auf die Untersuchung der nieder- und mittelrheinischen Initiative oder anders gesagt: auf die Initiativen in der preußischen Rheinprovinz. Der Zeitgenosse Fritz Brüggemann sieht klar, wenn er ironisch bemerkt: „Vor allen anderen Städten des Rheinlandes erfreut sich die Stadt Köln der Ehre, während des Waffenstillstandes im Jahre 1918/1919 den Mittelpunkt der Bestrebungen auf Errichtung einer Rheinischen Republik gebildet zu haben.“, vgl. Brüggemann, Die rheinische Republik, 1919, S. 5.

Rheinland verstanden werden, die in die Phase der offenen staatsorganisatorischen Fragen nach der Revolution vom 9. November 1918 und der Verfassungsgesetzgebungen im Deutschen Reich und im Freistaat Preußen fallen. Es handelte sich bei der „Rheinstaatsbewegung“, „Rheinstaatsinitiative“ oder auch „Rheinlandbewegung“ im Grunde um verschiedene lokale oder parteipolitische Zirkel und Initiativen, die jedoch vereint waren in dem Wunsch, eine „Rheinische Republik“⁷, eine „Westdeutsche Republik“⁸ oder eine „Rheinisch-Westfälische Republik“⁹ im Westen des Deutschen Reiches zu gründen und zumindest als gliedstaatliche Einheit zu etablieren.

Es sollte ein rheinländischer Staat errichtet werden, der jedenfalls „los von Preußen“ strebte, wobei auch den Zeitgenossen selbst häufig unklar blieb, wie weit diese rheinische Eigen- oder Selbständigkeit bzw. Unabhängigkeit reichen sollte: „Los von Preußen“ oder sogar „Los vom Deutschen Reich“? Rheinländischer Gliedstaat, getrennt von Preußen, aber im Reichsverband verbleibend, oder unabhängiger Pufferstaat zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich?

Die Betrachtungen der vorliegenden Abhandlung beschränken sich auf diese frühe, gleich nach dem Waffenstillstand aufgekommene, rheinische Eigenständigkeitsbewegung, sowie deren ideengeschichtlichen Hintergrund und insbesondere ihren Einfluss auf die Verfassungsgesetzgebungen im Deutschen Reich. Als verfassungshistorische Untersuchung hat die Abhandlung hervorgehoben die konstitutionelle Bedeutung der frühen Rheinlandbewegung zum Gegenstand, also nicht die historisch-politische Einordnung und Würdigung des rheinischen Eigenstaatsbewusstseins insgesamt.¹⁰

Im ersten Abschnitt wird dennoch eine möglichst umfassende und bruchlose Geschichte der ersten Rheinstaatsbestrebungen vorangestellt, wobei rechtshistorische Betrachtungen den Schwerpunkt ausmachen (Abschnitt B). Die bisher erarbeitete Chronologie der ersten Rheinstaatsinitiative ist fragmentarisch und nicht frei von Widersprüchen, und auch neueste Arbeiten zu dem Thema leisten keine komplettierende Geschichtsschreibung,¹¹ sodass eine eigene Darstellung zu Beginn der rechtsgeschichtlichen Abhandlung zum Einstieg und zur Orientierung angezeigt erscheint.

Ergänzend hierzu werden sodann die vorherrschenden zeit- und ideengeschichtlichen Motive der ersten Rheinstaatsbestrebungen aufgearbeitet und darge-

⁷ Vgl. etwa *Kirchem*, Landvolk und Rheinische Republik, 1919; *Moldenhauer*, Die Rheinische Republik, 1920; *Die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik zu Wiesbaden*, Die Rheinische Republik, 1919.

⁸ *Erdmann*, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, 1966, S. 221.

⁹ *Kirchem*, Landvolk und Rheinische Republik (Fn. 7), S. 3.

¹⁰ Diese historische Gesamtschau liefert vor allem *Schlemmer*, Los von Berlin (Fn. 5).

¹¹ Auch nicht die vergleichsweise umfassende Arbeit *Schlemmers*, Los von Berlin (Fn. 5), dessen chronologischer Überblick über die Entwicklung der ersten Rheinstaatsbestrebungen ergänzungsfähig bleibt.